

Position der LAG Bildung zur G8/G9-Debatte und dem Aufruf des Landesverbandes NRW, die Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" öffentlich zu unterstützen

Die LAG Bildung hat sich gegen eine öffentliche Unterstützung der Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" ausgesprochen, obwohl DIE LINKE ebenfalls nie eine Befürworterin der Schulzeitverkürzung am Gymnasium war. Denn für diese Änderung waren nicht schulpolitische Argumente ausschlaggebend, sondern nur wirtschaftspolitische wie z. B. der schnellere Zugang zum Arbeitsmarkt oder auch der immer wieder angeführte Fachkräftemangel durch die demografische Entwicklung.

Auf den ersten Blick erscheint die grundsätzliche Kritik an der Schulzeitverkürzung berechtigt: Was wir derzeit mit G8 erleben, ist eine Zumutung für Kinder. Der Unterricht an Gymnasien geht bis in den Nachmittag hinein, in vielen Fällen ohne ein gesundes Mittagessen anzubieten und Hausaufgaben müssen häufig noch im Anschluss an die Schule erledigt werden.

Warum kommt die LAG Bildung dennoch zu der Einschätzung, dass die Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" nicht öffentlich unterstützt werden soll?

1. Zur Forderung einer Begrenzung der Schulzeit auf 30 Stunden in der Woche

Die Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" tritt explizit für ein Halbtagsgymnasium ein, damit die Kinder mittags zu Hause sein können und nachmittags Hausaufgaben machen und außerschulische Freizeitangebote wahrnehmen können. Deshalb wird die Initiative auch vor allem von Sportvereinen, Musikschulen, freiwilligen Feuerwehren und ähnlichen Organisationen unterstützt. Aber die Begrenzung der Schulzeit auf 30 Stunden in der Woche bzw. auf 6 Stunden am Tag löst die derzeit existierenden Probleme in unserem Bildungssystem nicht.

Die LAG Bildung ist der Meinung, dass die von der Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" geforderte Begrenzung der Schulzeit auf 30 Stunden rückwärtsgewandt ist und ganz klar unserer bildungspolitischen Forderung nach einer Schule für ALLE mit einem gebundenen Ganztag widerspricht. Die Annahme, dass jedes Kind nach der Schule zu Hause eine Situation vorfindet, die ihm das Weiterlernen gut ermöglicht, hat mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun. Die Forderung nach einer 30 Stunden Woche verhindert die Chancengleichheit für Kinder, die aus bildungsfernen Familien stammen oder deren Eltern berufstätig sind.

2. Forderung der Wahlmöglichkeit an Schulen, G8- oder G9-Angebote anzubieten

Die Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" fordert nicht die Abschaffung des Turbo-Abis, sondern eine Wahlmöglichkeit für Gymnasien, sowohl G8 als auch G9 anzubieten.

Die LAG Bildung meint, dass G8 generell abzuschaffen ist und es zu einer flächendeckenden Einführung von G9 kommen muss. Die Forderung der Volksinitiative nach einer Wahlmöglichkeit ist irreführend, da sie bewusst in Kauf nimmt, dass dadurch nicht für alle Kinder an Gymnasien die beklagten Probleme gelöst werden. Zudem wird nicht darauf verwiesen, dass es bereits an den Gesamtschulen ein G9-Angebot gibt. Deshalb wird an dieser Stelle besonders deutlich:

Es geht dieser Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" nicht darum, die Situation der Kinder in den Gymnasien grundsätzlich zu verbessern, sondern es geht darum, die Konkurrenz durch die Gesamtschulen auf Distanz zu halten.

3. Forderung zur Rückkehr zu einem Gymnasium, wie es früher einmal war

Die Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" teilt mit uns lediglich die Forderung nach Abschaffung des Turbo-Abiturs, nicht aber die Forderungen nach einer Schule für ALLE.

Die LAG Bildung kämpft jedoch dafür, dass auch die Kinder in NRW, wie die meisten Kinder in Europa, eine gemeinsame Schule von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform besuchen. Denn DIE LINKE will, dass alle Kinder länger gemeinsam lernen und nicht schon nach dem 4. Schuljahr der weitere Lebensweg bestimmt wird. Die „Eine Schule für ALLE“ kommt ohne Hausaufgaben aus, wechselt Lern-, Gruppen, Spiel- und Sportphasen im Ganzttag ab und kennt kein „Sitzenbleiben“, sondern individuelle Förderung. Entgegen den Versprechungen in der landesweiten Bildungskonferenz 2011 hin zu einer Kultur des Behaltens werden weiterhin ca. 4000 Kinder pro Jahr von den Gymnasien abgeschoben. Damit wird der Leistungsdruck auf die Kinder aufrechterhalten. Und Inklusion ist an Gymnasien, die ausschließlich zielgleich unterrichten, erst gar nicht möglich. Sie beschränkt sich dort häufig auf Einzelintegration.

Die LAG Bildung kann die inhaltlichen Einwände gegen G8 also sehr gut nachvollziehen, wehrt sich aber gegen die interessengeleitete Vereinnahmung dieser Debatte durch all diejenigen, die mit allen Mitteln für eine exklusive Bildung an Gymnasien kämpfen.

4. Stoßrichtung der Kampagne ist die Stärkung des Gymnasiums gegen die Gesamtschule

Derzeit nutzen FDP und die CDU den Aufschlag der Volksinitiative, um sich im Landtag in Szene zu setzen. Ziel ist es, die Gymnasien finanziell und rechtlich gegen die Gesamtschulen zu stärken.

Im Mittelpunkt des CDU-Antrages steht, dass die Abschlusungspraxis der Gymnasien zu stärken sei und pädagogisch die „hohe Lernwirksamkeit von differenziert lehrergeleiteten Instruktionsunterricht“ gepflegt werde - Kasernenhofpädagogik.

Zudem sollen die Gymnasien nicht an der Umsetzung der Inklusion für alle beteiligt werden. Nur zielgleiche Beschulung soll mit einem finanziellen Nachteilsausgleich geduldet werden.

Die FDP setzt noch eins drauf: Die Gymnasien sollen dieselben Mittelzulagen wie die Gesamt- und Sekundarschulen erhalten, ohne dieselben Aufgaben zu übernehmen und eigene Mittelvorteile abzugeben.

Nutzen wir als LINKE unsere Kräfte für eine Schule für ALLE zu streiten – damit niemand mehr auf das Gymnasium gehen muss. Wir fordern den Landesverband NRW in einem Antrag auf, die Volksinitiative „G9 jetzt in NRW“ nicht weiter zu unterstützen.